



Eine Schreckenherrschaft auf der Anklagebank

Arabische Stimmen zur Verurteilung von Saddam Hussein

Politischer Kurzbericht
von Gerrit F. Schlomach

Unter starken Sicherheitsvorkehrungen wurde am Sonntag, den 5. November 2006 der ehemalige irakische Diktator Saddam Hussein von einem irakischen Gericht zum Tode verurteilt. Er wurde schuldig befunden, nach einem Attentat auf ihn für die Tötung von 148 Menschen im Jahr 1982 in der hauptsächlich von Schiiten bewohnten Stadt Dujail die Verantwortung zu tragen. Es ist davon auszugehen, dass Sadams Verteidigung gegen diese gerichtliche Entscheidung Berufung einlegen und die Vollstreckung des Urteils nicht in der 30tägigen Frist erfolgen wird. Die arabischen Stimmen zum Todesurteil lassen sich in drei Lager einteilen: Zunächst existiert eine Minderheit von Betroffenen, die unter Sadams Schreckenherrschaft leiden mussten und die das Todesurteil vorbehaltlos unterstützen. Dieser Gruppe steht eine heterogene Fraktion von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren gegenüber, die aus den unterschiedlichsten Gründen das Urteil, das Zustandekommen der Verurteilung oder die Form der Vollstreckung ablehnen. Schließlich zeichnet sich eine Minderheit um Jordanien ab, die unter dem Verweis der innerirakischen Angelegenheiten eine klare Positionierung ablehnen.

Die Befürworter des Todesurteils finden sich zunächst im Irak um die aktuelle Regierung und ethnische Minderheiten, die unter Sadams Herrschaft leiden mussten, wie die Kurden oder die Schiiten. Im regionalen Kontext gilt es, zu diesem Lager auch so heterogene Staaten wie Iran und Kuwait zu rechnen, die in der Verurteilung eine Form von politisch motivierter Genugtuung sehen. Iranische Tageszeitungen wurden mit den triumphierenden Titeln „The Noose for the Dictator“ and "A Joyous Iraq" zitiert. Der Sprecher des Außenministeriums Irans, Mohammad Ali Hosseini,

begrüßte das Urteil mit dem Hinweis auf die unmenschlichen Praktiken Sadams gegenüber den irakischen, iranischen und kuwaitischen Nationen. Doch zeichnen sich auch in dieser Gruppe Partikularinteressen ab wie zum Beispiel von kurdischen Irakern, die das Ende des zweiten Prozesses gegen Sadam Hussein sehen wollen. In diesem, seit dem 21. August anhängigen Verfahren muss sich der ehemalige Diktator für einen Genozid am kurdischen Volk in den Jahren 1987 und 1988 mit mehr als 180.000 Toten verantworten.

Doch auch die Front der Ablehner des Todesurteils stellt sich als recht heterogen dar. Da sind zunächst arabische Gruppierungen, die von Sadams Herrschaft profitierten. Hierzu gehören die sunnitischen Hochburgen im Irak um Sadams Geburtsort Tikrit oder die Gegenden um Baquba oder Samarra. Auf regionaler Ebene verurteilte die regierende palästinensische Partei Hamas das Urteil mit dem Hinweis auf die Unterstützung, die das palästinensische Volk von Hussein in der Vergangenheit erhielt, so ihr Sprecher Fawzi Barhum.

Angeführt von internationalen Menschenrechtsgruppen um Amnesty International und Human Rights Watch werden auch in arabischen Ländern die mangelhafte Einhaltung rechtsstaatlicher Normen und geringer Glaubwürdigkeit des Gerichts kritisiert¹. Vor dem Hintergrund der regionalen Realität und den weit verbreiteten autoritären Herrschaftssystemen wird eine vertane Chance darin gesehen, kein Signal an die derzeitigen umstrittenen Herrscher gesendet zu haben, so Salah Amer, Professor für internationales Recht an der Universität Kairo. Dieser Position schloss sich auch Leandro Despouy, UN Sonderbeauftragte für die Unabhängigkeit von Richtern und Anwälten an, der am Gerichtsverfahren die mangelhafte Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards kritisierte.

Im regionalen Kontext wird eine weitere Kritik hervorgebracht, die das Gericht als reines Vollzugsorgan US-amerikanischer Interessen betrachtet. Demnach wäre das Todesurteil Sadams bereits im Vorfeld aus Washington ergangen. Die mangelnde Einhaltung internationaler rechtsstaatlicher Standards und die fehlende klare Verfahrensführung würden arabischen Verschwörungstheoretikern und einer Mythenbildung Tür und Tor öffnen, so vereinzelte Kommentatoren. In diesem Zusammenhang schrieb Gwynne Dyer in der Jordan Times: „[...] Sadam still wins,

¹ Verschiedene Quellen zählen folgende Mängel auf: Einfluss der Regierung auf den Verfahrensverlauf, Einschüchterung und Ermordung von Prozessbeteiligten, keine Einrichtung eines internationalen Tribunals und Todesstrafe als Höchststrafmaß.

because in the eyes of most Sunni Arabs in Iraq, and of many elsewhere, he dies a martyr to the cause of Arab nationalism.“² Diesem Argument schlossen sich auch Kritiker an, die das zeitliche Zusammenfallen der Verurteilung Sadams Husseins mit den anstehenden US-Mid Term elections nicht als Zufall betrachteten.

Entgegen dem europäischen Echo wies nur eine Minderheit in der arabischen Welt das Urteil aufgrund grundsätzlicher Ablehnung der Todesstrafe zurück. Vor dem Hintergrund der weit verbreiteten regionalen Akzeptanz der Todesstrafe als legitimes juristisches Vollzugsmittel³ scheint dies nicht groß verwunderlich. Schließlich existiert eine Gruppe von Kritikern, die den Zeitpunkt der Verurteilung aufgrund der derzeitigen Sicherheitssituation als ungünstig betrachten. Hierzu zählt der Außenminister Bahrains und derzeitige Vorsitzende der Arabischen Liga, Khaled bin Ahmad Al Khalifa, der unter dem Hinweis auf die schwierigen Bedingungen im Irak eine weitere Verschlechterung der Situation erwartet.

Ein weiteres Abrutschen des Iraks in einen Bürgerkrieg mögen auch die Gründe sein, warum Nasser Judeh, jordanischer Regierungssprecher, die Verurteilung Sadams als primär innenpolitische Angelegenheit bezeichnete. Er verwies darauf, dass durch die gewählte Regierung und das gewählte Parlament dieser Richterspruch den Willen des irakischen Establishments widerspiegelt.

Scheinbar überwiegen die Stimmen in der arabischen Welt, die im Todesurteil Sadams eher negative Konsequenzen für die irakische und die regionale Zukunft sehen. Doch ist das kein Grund in einen hoffnungslosen Pessimismus zu verfallen, da aktuelle Umfragedaten im Vergleich zum Jahr 2004 darauf verweisen, dass sich die „irakische Öffentlichkeit zunehmend der Vision einer demokratischen, konfessionell ungebundenen Regierung des Landes“⁴ verbunden fühlt.

Amman, den 9.11.06

² Jordan Times, 7/11/06

³ "Most of the states of the Middle East and North Africa [MENA] continue to express their strong support for the death penalty and few have shown any signs of abolishing it. In fact, the trend is towards expansion of the scope of capital punishment and, in several countries, a vigorous enforcement of it." Roger G. Hood (2002): The Death Penalty. Oxford University Press, S. 35. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt auch: Amnesty International (2006): Facts and Figures on the Death Penalty. <http://web.amnesty.org/pages/deathpenalty-facts-eng> Die Mitgliedschaft ausgewählter MENA Staaten im UN Menschenrechtsrat übt Druck auf sie aus, langfristig die Todesstrafe abzuschaffen.

⁴ Moaddel , Mansoor (2006): Die demokratischen Hoffnungen der Iraker. <http://www.project-syndicate.org/commentary/moaddel13/German>